

Stuttgart, 15.11.2012

Regionales Übergangsmanagement Schule - Beruf (RÜM) der Landeshauptstadt Stuttgart - Abschlussbericht

Mitteilungsvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen	Kenntnisnahme Kenntnisnahme	öffentlich öffentlich	03.12.2012 07.12.2012

Bericht

Mit dieser Vorlage legt die Verwaltung einen Leistungsbericht über die Arbeit des „Regionalen Übergangsmanagements Schule – Beruf“ der Landeshauptstadt Stuttgart vor, das zum 31.12.2012 seinen Abschluss findet.

1. AUSGANGSLAGE

Seit 2008 nimmt die Stadt Stuttgart am Bundesprogramm „Perspektive Berufsabschluss / Regionales Übergangsmanagement (RÜM)“, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) teil. Ziel des Bundesprogramms ist es, den Aufbau eines regionalen Übergangsmanagements durch Verbesserung regionaler Kooperationen und Stärkung vorhandener Netzwerkstrukturen anzustoßen, um die Qualität und Effektivität von Förderinstrumenten am Übergang Schule – Beruf zu verbessern. Die Bewerbung der Stadt Stuttgart auf das Programm erfolgte auf dem Hintergrund der Bemühungen der Steuerungsgruppe u25 im Bereich der beruflichen Übergangsförderung zu einer Verbesserung der Kooperation und Verzahnung der Angebote für Jugendliche mit Hauptschulabschluss im Übergang Schule – Beruf in der Stadt zu kommen (siehe dazu Kooperationsvereinbarung Fördersystem u25, Jugendkonferenz und Jugendhearing 2006, Stuttgarter Schulabsolvent/-innenstudie 2007 – 2009). Grundsätzliches Ziel dieser Bemühungen ist es, Berufskarrieren statt Maßnahmenkarrieren von jungen Menschen zu ermöglichen, Ressourcen effektiver zu bündeln, Doppelstrukturen abzubauen sowie ein aufeinander abgestimmtes Baukastensystem der Hilfen im Übergang Schule-Beruf zu entwickeln.

Mit der Bewerbung und Aufnahme in das Programm im Jahr 2008 war die Entscheidung verbunden, nicht überwiegend Einzelmaßnahmen zu fördern, sondern **lokale Strukturförderung und den Aufbau einer kommunalen Verantwortungsgemeinschaft voranzutreiben**. Dafür stand für den Zeitraum 2008 – 2012 eine Fördersumme von € 760.000 zur Verfügung. Der Gemeinderat verabschiedete dazu ein dreigliedriges Handlungsprogramm (siehe GRDRs 283/2008 und 748/2008) mit den folgenden Aufgaben:

1. Verbesserung der lokalen Datenlage
2. Verbesserung des Übergangs am „Startplatz Hauptschule“
3. Entwicklung einer abgestimmten Maßnahmenplanung.

Für die Umsetzung wurde eine Koordinierungsstelle „Übergang Schule – Beruf“ eingerichtet, die beim Jugendamt in der Jugendhilfeplanung angesiedelt ist. Die Koordinierungsstelle war für die Laufzeit der Programmförderung mit zwei Stellen ausgestattet, davon 1,5 Fachstellen und 0,5 Stelle für die Projektleitung. Diese Stellen waren zu 100 % aus Mitteln des Bundesprogramms finanziert. Die Stellen waren ursprünglich befristet bis zum Ende der Programmlaufzeit der ersten Fördertranche (31.03.2012) und wurden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) aufgrund der positiven Ergebnisse bis 31.12.2012 für Stuttgart verlängert. Die Gesamtverantwortung für das Vorhaben lag von 2008 – 2010 bei dem Ersten Bürgermeister Föll und ging ab 2010 auf die Sozialbürgermeisterin Frau Fezer, Referat Soziales, Jugend und Familie über.

2. LEISTUNGSBERICHT ZUR UMSETZUNG

2.1. Verbesserung der lokalen Datenlage/Aufbau einer Datengrundlage

Die Verbesserung der kommunalen Datenlage und Herstellung von Transparenz zu den Förderangeboten für Jugendliche am Übergang Schule – Beruf dient als Grundlage für die Bedarfsanalyse und dazugehörige Planungs- und Steuerungsprozesse in einem Regionalen Übergangsmangement.

Aufgaben

Die Aufgabenstellungen für die Koordinierungsstelle waren laut Auftrag des Gemeinderates:

- a. Die Erstellung einer Bestandsaufnahme der Angebote an Schulen sowie Aufbau einer Übersicht der Angebote am Übergang Schule – Beruf auf einer Internetplattform.
- b. Die Verbesserung der Datenlage zu individuellen Verläufen junger Menschen.
- c. Der Aufbau eines Monitoring zur Prüfung der Wirksamkeit von Angeboten.
- d. Der Aufbau eines ressortübergreifenden Berichtswesens.

Aktivitäten

a. Bestandsaufnahme/Übersicht von Angeboten am Übergang Schule - Beruf

- *Angebotsreader „Von der Schule.... In den Beruf“*

2009 wurde eine aktualisierte Übersicht des Angebotsreaders „Von der Schule ...in den Beruf. Unterstützung und Förderung junger Menschen bei der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt“ in Druckfassung vorgelegt. Diese Übersicht wurde den Haupt- und Werkrealschulen, der Jugendhilfe sowie den kommunalen Akteuren am Übergang Schule – Beruf zur Verfügung gestellt.

- *Online Service Übergang Schule – Beruf*

2010 wurde der Online-Service Übergang Schule - Beruf von der Koordinierungsstelle unter Beteiligung von Stuttgarter Fachleuten aus verschiedenen Arbeitsbereichen konzipiert und ins Netz gestellt (siehe www.stuttgart.de/ruem). Insbesondere Fachkräfte und ehrenamtliche Mentor/innen, die junge Menschen im Berufsorientierungsprozess begleiten, erhalten über den Online-Service einen aktuellen Überblick über die Förderangebote für Jugendliche im Stadtgebiet Stuttgart. Damit wurde ein Instrument zur Verfügung gestellt, das dazu dienen kann, aus durchschnittlich über 70 bestehenden Angeboten schnell und passgenau diejenigen zu finden, mit denen die berufliche Entwicklung von jungen Menschen am besten unterstützt werden kann. Auf der Datenbank suchen durchschnittlich 45 Nutzer/-innen im Monat nach aktuellen Angeboten. Der Online-Service wurde von der Koordinierungsstelle regelmäßig gepflegt und aktualisiert.

- *Plakatsystem „Schule und dann? Bildungs- und Qualifizierungswege in Stuttgart*

2011 wurde ein Plakatsystem erstellt, das auf einen Blick Wege und Möglichkeiten der Vorbereitung und Ausbildung im Anschluss an die allgemein bildende Schule für Jugendliche aufzeigt. Das System dient der umfassenden Orientierung an der ersten Schwelle als Hilfestellung für Jugendliche und kann von kommunalen Akteuren im Zuge der Beratung von Jugendlichen und ihren Eltern genutzt werden.

- *Broschüre „Hauptschulabschluss nachholen! Möglichkeiten für Jugendliche und junge Erwachsene in Stuttgart“*

2012 wurde von der Jugendberufshilfe in der Jugendhilfeplanung eine Broschüre erstellt, die einen Überblick über die unterschiedlichen Wege aufzeigt, die Jugendlichen in Stuttgart einen nachgezogenen Hauptschulabschluss ermöglichen. Denn nach wie vorher verlassen 8,6% der Schülerinnen und Schüler (Schulbericht 2011) die Haupt- und Werkrealschule ohne Abschluss. Diese Broschüre dient sowohl als Information für Jugendliche, die ihren Hauptschulabschluss oder eine gleichwertige Qualifikation nach der Schule erlangen wollen, als auch für Berater/-innen von Jugendlichen auf ihrem Weg in den Beruf.

b. Verbesserung der Datenlage zu individuellen Verläufen

- *Folgerhebungen der Stuttgarter Schulabsolvent/-innenstudie (2007-2009)*

Die Durchführung und Publikation der Ergebnisse der zweiten und dritten Folgebefragung der Stuttgarter Schulabsolvent/-innenstudie wurden in jeder Erhebungswelle von der Koordinierungsstelle in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Jugendinstitut als Auftragnehmer begleitet. Die Ergebnisse der Folgerhebungen wurden in der Steuerungsgruppe u25 diskutiert und führten zur inhaltlichen Vertiefung der Aufgaben der Koordinierungsstelle. Dem Gemeinderat wurde zu den Ergebnissen jeder Erhebungswelle Bericht erstattet. Leider konnte die notwendige ständige Aktualisierung der Daten nicht gewährleistet werden, weil das Deutsche Jugendinstitut nur eine befristete Projektfinanzierung hatte.

- *Konzepte „Initiative Stuttgart bildet aus“ (GRDRs 168/2011) und „Kommunale Koordination des Übergangs in Ausbildung am Startplatz Schule – Die Stuttgarter Bildungskette wird geschlossen“ (GRDRs 421/2012)*

Bereits 2011 wurde dem Gemeinderat ein Konzept zur Begleitung und Überführung von Hauptschüler/-innen in die Ausbildung in Anlehnung an das „Hamburger Hauptschulmodell“ vorgelegt (siehe GRDRs 168/2011), in das ein Vorschlag für ein Monitoring individueller Verläufe integriert war. 2012 wurde das Konzept in leicht modifizierter Form (siehe GRDRs 421/2012) vorgelegt, verbunden mit dem Vorschlag der Einrichtung einer „Koordinierungsstelle des Übergangs in Ausbildung“, die für ein Monitoring der Verläufe mit Rückspiegelung der Ergebnisse an die Schulen sorgen soll. Die Ergebnisse können als Grundlage für eine Berichterstattung am Übergang Haupt- und Werkrealschule in den Beruf dienen und zukünftig in einen noch zu entwickelnden kommunalen Bildungsbericht (siehe unten) integriert werden.

c. Monitoring der Wirksamkeit der Angebote

Eine Wirksamkeitsprüfung der Angebote am Übergang Schule-Beruf konnte innerhalb der Programmlaufzeit aus folgenden Gründen nicht geleistet werden:

- Die Aufgabe ist methodisch ein hochkomplexes und schwieriges Unterfangen, weil Maßnahmen in der Regel nebeneinander operieren und der Übergang aller Jugendlichen deshalb neben den individuellen und familiären Ausgangsbedingungen den Einflussfaktoren mehrerer gleichzeitiger Angebote unterliegt (z.B. den Wirkungen der Arbeit der Schulsozialarbeiter, der Berufseinstiegsbegleiter, der Berufsberater, der Beratung der Lehrkräfte, der Unterstützung durch Ehrenamtliche und anderen mehr). Eine Wirkungsanalyse mit stringenten Erfolgsaussagen ist damit nur sehr schwer möglich.

- Die Zuständigkeit unterschiedlicher Akteure für Maßnahmen am Übergang Schule-Beruf erschwert eine systematische Wirkungsanalyse. Ein städtischer Akteur wie das RÜM hat in der Regel kein Mandat, ein zum Beispiel von der Agentur für Arbeit oder vom Bundesministerium für Bildung und Forschung verantwortetes Projekt auszuwerten. Eine solche ressortübergreifende Analyse wäre aber die Voraussetzung, um wirkungsorientiert steuern zu können. Letztlich gibt es jedoch auch innerhalb der Stadtverwaltung Stuttgart keine etablierte Kultur der wirkungsorientierten Steuerung von Maßnahmen, an der sich die RÜM-Verantwortlichen hätten orientieren können. Damit war dieser Anspruch und Auftrag an das Regionale Übergangsmanagement ein zu hoher, der angesichts der zeitlichen Befristung des Vorhabens nicht zu leisten war.

d. Aufbau eines ressortübergreifenden Berichtswesens

Grundlage für eine kontinuierliche kommunale Steuerung am Übergang Schule-Beruf ist ein datengestütztes Berichtswesen, das notwendigerweise verankert sein sollte in einem gesamtstädtischen Bildungsbericht. In Stuttgart gibt es derzeit noch keine solche Berichtslegung für Kinder und Jugendliche, die datengestützt, lebenslauforientiert und bildungsbereichsübergreifend ist. Kommunen, die solche Berichte bereits im letzten Jahrzehnt vorgelegt haben, wie u.a. die Landeshauptstadt München oder Dortmund machen die Erfahrung, dass eine solche Berichtlegung kommunale Abstimmungsprozesse verbessert und die Grundlage für ein kommunales Bildungsmanagement bildet. Bundesweit haben mit Anschlag des Programms „Lernen vor Ort“ mittlerweile 63 Kommunen und Kreise einen solchen Bericht vorgelegt. In Stuttgart gibt es derzeit keinen ressortübergreifenden Konsens für die Erstellung eines solchen Berichts. Mit der Einrichtung der Abteilung Bildungspartnerschaft in Stuttgart fällt diese Entwicklungsaufgabe in deren Zuständigkeit.

Bilanz

Die Erarbeitung des Angebotsreaders sowie die Erstellung des „Online Service Übergang Schule Beruf und des Plakatsleitsystems haben laut Rückmeldung der kommunalen Akteure einen wesentlichen Beitrag zur größeren Transparenz der Angebote am Übergang Schule-Beruf in der Stadt geleistet. Hier wurde viel erreicht: Der oft bemängelte „Maßnahmen-dschungel“ im Fördersystem für Jugendliche hat sich erheblich gelichtet. Die Konzeption der von der Koordinierungsstelle erstellten Übersichten sowohl in Druckfassung als auf der Internetdatenbank waren über Stuttgart hinaus inspirierend für andere RÜM-Kommunen, die sich ebenfalls dieser Aufgabe stellen müssen. Das Plakatsleitsystem wird nicht nur von Beratern in der Praxis verwendet, sondern auch vom Kultusministerium für die Nutzung durch die Regierungspräsidien rege angefordert. Mit Abschluss der Programmlaufzeit des RÜM bleibt der Online-Service vorläufig über die Jugendhilfeplanung als Angebot bestehen.

Für die Kommune bleibt angesichts des stetigen Wandels im Fördersystem für Jugendliche die Daueraufgabe, für die Aktualisierung der Transparenz der Angebote zu sorgen, denn im subjektiven Erleben vieler bleibt der Eindruck eines weiterhin bestehenden „Maßnahmen-dschungels“ vorherrschend. Das hat damit zu tun, dass Bund, Land, Kommune, Stiftungen, Träger und Vereine fortlaufend je eigene Programme und Projekte entwickeln und - in der Regel zeitlich befristet – in der Kommune auf den Weg bringen. Jeder „Durchblick“ zum Übergangssystem, den man erreicht, unterliegt damit dem Verfallsdatum der Programme und Projekte. Überdies ist die Entwicklung neuer Maßnahmen auch dem „Eigensinn“ der Projekt- und Maßnahmenförderer anheim gegeben, der in der Regel nicht vollständig deckungsgleich mit den kommunalen Erfordernissen ist.

Kommunale Koordinierung am Übergang Schule-Beruf wird deshalb auch in Zukunft an der Tatsache des stetig neuen Konglomerats an Maßnahmen für Jugendliche nichts ändern können. Kommunale Koordinierung kann und muss jedoch dafür sorgen, dass Jugendliche so durch das Stuttgarter Übergangssystem gelotst und darin begleitet werden, dass sie so zügig wie möglich den für sie passenden Anschluss in die Ausbildung oder weiterführende Bildung finden können und keiner dabei verloren geht. Kommunale Koordinierung muss auch dafür sorgen, dass die inhaltlichen Überlappungen der stetig neuen Maßnahmen begrenzt bleiben und an den Schnittstellen die beteiligten Maßnahmenträger möglichst eng kooperieren. All dies kann kommunale Koor-

dinierung jedoch nur leisten, wenn systematisches Wissen über die individuellen Verläufe von Jugendlichen von der Schule in den Beruf vorliegt und es eine ressort- und systemübergreifende Stelle in der Kommune mit der Aufgabe gibt, genau die Prozesse auf den Weg zu bringen, die es braucht, um gemeinsam zu Lösungen zu kommen.

2. 2. Verbesserung des Übergangs am „Startplatz Hauptschule“

Aus den Ergebnissen der Längsschnittuntersuchung wurden folgende Aufträge für das Regionale Übergangsmanagements abgeleitet:

- a. Am Startplatz Schule ansetzen und die Entwicklung eines systematischen Förderkonzepts an Haupt- und Werkrealschulen unterstützen, das die verschiedenen Angebote der Berufsorientierung an der Schule in einem roten Faden miteinander verbindet.
- b. Vorschläge für die Einbindung von Eltern in die Berufsorientierung entwickeln, um Müttern und Vätern zu ermöglichen, die beruflichen Einmündungswege ihrer Kinder besser zu begleiten.
- c. Handlungsempfehlungen zur erweiterten Berufsorientierung von Mädchen und der Förderung ihrer Bildungsambitionen erarbeiten.
- d. Handlungsempfehlungen und Konzeptbausteine zur Unterstützung der beruflichen Perspektiven für spät zugewanderte Jugendliche entwickeln.
- e. Ein Konzept für die individuelle Begleitung von Schüler/-innen ab der 7. Klasse bis in die Ausbildung hinein entwickeln und dabei hauptamtliche und ehrenamtliche Mentorenmodelle in den Hauptschulen miteinander abstimmen.
- f. Lernalternativen für Schulabbrecher/-innen sowie Schüler/-innen mit schlechteren Noten entwickeln.

Aktivitäten

a. Am Startplatz Schule ansetzen

- *Schulbegleitung*

2009 wurde ein schulisches Förderkonzept zur Optimierung der beruflichen Übergänge an den Haupt- und Werkrealschulen erarbeitet und mit einem Angebot an die Schulen zur Begleitung verknüpft. Ziel der Begleitung sollte sein, die Stringenz der Angebote in der bestehenden Berufswegeplanung an der Schule zu verbessern und in von der Schule gewünschten Themenschwerpunkten das schulische Profil zu schärfen. 2009 wurde mit der Begleitung von drei Pilotschulen begonnen, die sukzessiv auf fünf Haupt- und Werkrealschulen bis Sommer 2011 ausgedehnt wurde. Mit dieser Aufgabe wurde eine Mitarbeiterin der Koordinierungsstelle betraut, die beratend für die Schulleitungen und jeweiligen Koordinatoren für die Berufswegeplanung auftrat. Dabei wurde im Rahmen der Entwicklung einer stringenten Berufswegeplanung auf Wunsch der Schulen insbesondere an den folgenden Schwerpunkten gearbeitet:

- Verbesserte Einbindung der Eltern in die Berufsorientierung
- Aufbau der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft im Rahmen von Bildungspartnerschaften
- Verbindung der individuellen haupt- und ehrenamtlichen Begleitung von Schüler/-innen am Übergang zum Beruf.

Die Begleitung erfolgte an den Schulen mit der Minimumlaufzeit von einem Jahr und wurde zum gegebenen Zeitpunkt mit beiderseitigen Einvernehmen dann beendet, wenn die Ziele der Schulbegleitung als erreicht definiert wurden. Mit dem Ende der Laufzeit von RÜM wird die noch bestehende längerfristige Schulbegleitung an drei Schulen auslaufen. Über die längerfristige Begleitung hinaus gab es jederzeit das Angebot punktueller Beratung, das über die Laufzeit von RÜM von drei Schulen genutzt wurde.

Um einen **Erfahrungsaustausch** und einen **Transfer der Erkenntnisse** aus der Schulbegleitung in die Fläche zu gewährleisten, wurden überdies ein **Werkstattgespräch** und **Fachkonferenzen** mit Schulen und anderen Akteuren des Übergangs Schule-Beruf organisiert. Dazu gehören:

- Die Fachkonferenz „Hauptschüler/innen erfolgreich in die berufliche Zukunft lotsen“ am 29.9.2009 im Rathaus
- Das Werkstattgespräch „Übergänge in die Ausbildung gut gestalten“ für Haupt- und Werkrealschulen am 8.10.10 im Rathaus
- Die Veranstaltung „Engagement ist chancenreich – Angebote der Freiwilligendienste am Übergang Schule-Beruf“ am 20.5.2011 im Rathaus
- Die Fachtagung „In die Zusammenarbeit mit Eltern investieren – auf dem Weg zu einer Beteiligungskultur in Stadtteil, Schule und Ausbildung“ am 8.12.2011 im Rathaus.

- *„Stuttgarter Berufswahlportfolio“*

Die systematische Dokumentation aller Aktivitäten im Rahmen der Berufswegeplanung ist eine wesentliche Voraussetzung, um sowohl ein gutes individuelles Förderprofil auf dem Weg in den Beruf zu entwickeln, als auch um potentiellen Ausbildern einen Überblick über die Aktivitäten und Talente des/der Schüler/in zu ermöglichen. Bis 2008 nutzten Schulen dazu kein einheitliches Verfahren, sondern gebrauchten entweder den bundesweiten Berufswahlpass, den Qualipass oder selbst entwickelte Dokumentationssysteme. Um allen Schüler/-innen der Stuttgarter Haupt- und Werkrealschulen an der Schnittstelle Schule-Beruf auf diesem Gebiet gleiche Startbedingungen zu ermöglichen, erstellte die Koordinierungsstelle in Anlehnung an den Berufswahlpass ein kommunales Instrument, das „Stuttgarter Berufswahlportfolio“. Die meisten Haupt- und Werkrealschulen machten von dem Angebot Gebrauch und führten 2010 das „Stuttgarter Berufswahlportfolio“ an ihrer Schule ein. Die erste Auflage 2010 wurde im Frühjahr 2012 überarbeitet und mit dem neuen Schuljahr 2012/2013 in zweiter Auflage den Schulen zur Verfügung gestellt. Zu diesem Zweck wurde in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt im November 2011 und Februar 2012 ein Qualitätszirkel für die Nutzer/-innen des Stuttgarter Berufswahl-Portfolios angeboten, in dem die Teilnehmenden ihre praktischen Erfahrungen damit austauschen und Vorschläge für die Neuauflage unterbreiten konnten.

- *Stadtteilorientierte Netzwerkarbeit zur Verbesserung des Übergangs Schule-Beruf*

Im Stadtteil Süd wurde im Rahmen einer „Initiative Süd“ von Akteuren am Übergang Schule-Beruf Vorschläge zur verbesserten Begleitung und Überführung von insbesondere benachteiligten Jugendlichen am Übergang Schule-Beruf erarbeitet. Die Initiative entstand auf Wunsch der Jugendberufshilfe und wurde in der Regionalen Trägerkonferenz als Idee vorgestellt. Die Umsetzung 2010/2011 lieferte zwei zentrale Ergebnisse:

- Ein Überblick über Betriebe in Süd mit ihren Angeboten, die sie für Jugendliche in der schulischen Berufsorientierung bereithalten (z.B. Praktika, Betriebsbesichtigungen, Azubis kommen in die Schule etc.) sowie der Zahl der verfügbaren Ausbildungsplätze. Die Datei wurde von der Koordinierungsstelle Regionales Übergangsmanagement erstellt und dem an der Initiative teilnehmenden Bezirksvorsteher zur weiteren Nutzung und Pflege zur Verfügung gestellt.
- Ein Runder Tisch Jugendhilfe – Schule im Stadtteil mit dem Ziel der individuellen Fallbesprechungen und Planung von Unterstützungsmaßnahmen für diejenigen Schüler/-innen, die vom Abbruch gefährdet sind oder schlechte Übergangsperspektiven haben. 2012 erfolgte die erste praktische Umsetzung unter Beteiligung der Akteure der Jugendhilfe und der Lerchenrainschule unter Moderation einer Mitarbeiterin von RÜM im Jugendamt. Novum ist, dass im Vorfeld gemeinsam ein Verfahren gefunden werden konnte, den erforderlichen Datenschutz für die gemeinsame Fallbesprechung zu gewährleisten. Aufgrund der Ergebnisse wurde vereinbart, in den kommenden Jahren den Runden Tisch unter Federführung der Jugendhilfe in Süd im regelmäßigen Zyklus fortzusetzen.

Die mit der Initiative Süd im Stadtteil exemplarisch entwickelten Formen der Zusammenarbeit können, weil ausbaufähig, als Kooperationsmodell für andere Stadtbezirke stehen, die nach guten Wegen für ein stadtteilbezogenes Übergangsmanagement suchen.

b. Einbindung von Eltern in die Berufsorientierung

Auf der Grundlage der Ergebnisse eines Expertenhearings 2009 wurden die folgenden Arbeitsschwerpunkte gesetzt:

- *Handreichung „Zusammenarbeit mit Eltern in der Berufsorientierung“*

Diese Handreichung wurde erstellt, um Lehrkräften, Schulsozialarbeiter/-innen und Multiplikator/-innen der Elternarbeit ein Instrument zur Verfügung zu stellen, das die Partnerschaft von Schulen und Eltern auf der praktischen Ebene voranbringen kann. Die Handreichung bietet neben einer allgemeinen Einführung mit konkreten Ideen und themenorientierten Vorschlägen zur Einbindung von Eltern in die Berufswegeplanung Arbeitsblätter, die in Veranstaltungen mit Eltern benutzt werden können. Diese wurden in fünf Sprachen übersetzt (türkisch, italienisch, serbisch, russisch, arabisch). Damit kann das Arbeitsmaterial der Handreichung auch von muttersprachlichen Multiplikator/-innen, z.B. in Migrantenvereinen in der Elternbildungsarbeit eingesetzt werden. Die Handreichung wurde den Haupt- und Werkrealschulen, Förderschulen, Träger des BVJ und BEJ, der Jugendhilfe (Mobile Jugendarbeit, Beratungszentren, Trägern von Hilfen für Erziehung), den Trägern der Schulsozialarbeit und anderen kommunalen Akteuren am Übergang Schule-Beruf zur Verfügung gestellt.

- *Fortbildungen „Zusammenarbeit mit Eltern in der Berufsorientierung“ für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter/-innen*

Zur Einarbeitung in die Nutzung der Handreichung wurde in den Schuljahren 2010/2011 und 2011/2012 in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt eine Fortbildung für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter/-innen angeboten, die jeweils im Tandem aus den Haupt- und Werkrealschulen teilnehmen konnten. Die Fortbildung bot in vier Modulen praktische Ideen zur Erarbeitung eines schulischen Konzepts zur Zusammenarbeit mit Eltern in der Berufsorientierung an. Darüber hinaus bestand die Möglichkeit, im Rahmen eines selbst gewählten Praxisprojekts neue Wege der Zusammenarbeit mit Eltern zu erproben. Das innovative Konzept der Fortbildung im Tandem wurde sehr gut angenommen und bereits im ersten Durchgang von 13 Schulen genutzt. Im zweiten Durchlauf wurde das Angebot geöffnet und von fünf Förderschulen, einer Berufsschule, drei Haupt- und Werkrealschulen und der Handwerkskammer genutzt. Mit dem absehbaren Ende der RÜM-Laufzeit wurde das Angebot im Schuljahr 2012/2013 nicht mehr aufgelegt.

- *Fortbildung „Zusammenarbeit mit Eltern in der Berufsorientierung“ für Migrantenvereine*

Dieses Angebot in zwei Modulen wurde für die Bedarfe von Migrantenvereinen konzipiert, die im Rahmen ihrer Elternarbeit das Thema Berufsorientierung auf die Tagesordnung stellen und dafür Angebote im Rahmen ihrer Vereinsarbeit unter Nutzung der Handreichung entwickeln wollen. Das erste Angebot wurde in Zusammenarbeit mit dem Forum der Kulturen im Mai und Juli 2012 umgesetzt. Teilnehmende aus sechs Vereinen machten davon Gebrauch. Das zweite Angebot wurde in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Türkischen Forum umgesetzt und primär von den Mitarbeiter/-innen des Deutsch-Türkischen Forums in einem Modul am 18.10.2012 genutzt.

- *Fachtagung „In die Zusammenarbeit mit Eltern investieren“ (siehe oben)*

Diese vertiefende Veranstaltung beleuchtete Fragen der Voraussetzungen, Methoden und Bedingungen zur Entwicklung einer Beteiligungskultur von Eltern in Stadtteil, Schulen und im Übergang Schule-Beruf. 120 Teilnehmende aus den verschiedensten Arbeitsbereichen diskutierten in vier Fachforen die Möglichkeiten und Herausforderungen auf dem Weg zu einer Beteiligungskultur von Eltern. Novum war ein eigener Workshop zum Thema „Betriebliche Zusammenarbeit mit Eltern in der Berufsorientierung“, in dem Stuttgarter Betriebe zu ihren Erfahrungen berichteten und Impulse aus Hamburg mitnahmen, die mit einem Referenten der Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung vertreten war. Im Abschlussplenum wurden Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung der Elternarbeit für Stuttgart benannt. Eine ausführliche Dokumentation der Fachtagung wurde auf der Website von RÜM (www.stuttgart.de/ruem) eingestellt.

c. Handlungsempfehlungen zur Erweiterung der Berufsorientierung von Mädchen

Die Stuttgarter Längsschnittstudie wies auf, dass Mädchen nach wie vor ihre Berufswahl vorwiegend in einem Spektrum von vier Berufen treffen, die ihnen für eine gute Berufskarriere allerdings nur wenig Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt eröffnen. Die Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen und jungen Frauen ist eine Daueraufgabe für alle Akteure in der Berufsorientierung. Für die Arbeit des RÜM wurde auf der Grundlage eines Expertenhearings 2009 der folgende Handlungsschwerpunkt gesetzt:

- *Medienkampagne „Mein Style – mein Beruf“*

Diese Kampagne wurde 2010/2011 mit dem Ziel entwickelt, durch die Präsentation positiver Rollenmodelle junge Frauen zu ermutigen, sich breit zu orientieren und einen Beruf zu wählen, der nicht zu den herkömmlichen „Mädchenberufen“ gehört. Junge Frauen erzählen im Rahmen der Kampagne ihre Geschichte von Schule und Berufswahl und wie sie Schwierigkeiten auf dem Weg zu ihrem persönlichen Traumberuf gemeistert haben. Mädchen sollen mit einer Botschaft gestärkt werden: „Diese jungen Frauen haben es geschafft, du kannst das auch!“

Es wurden **unterschiedliche Kampagne Materialien** produziert, bestehend aus einem Flyer, ein Plakat-Set mit drei DIN A3-Plakaten, einem Steckbriefkarten-Set mit fünf Karten und einem Kurzfilm, in dem drei Vorbilder ausführlich vorgestellt werden. Dieses Material wurde den Haupt- und Werkrealschulen, Förderschulen, den Trägern der Schulsozialarbeit, Mobilen Jugendarbeit, Hilfen für Erziehung, BVJ und BEJ, und anderen kommunalen Akteuren am Übergang Schule-Beruf zur Verfügung gestellt. Bei der inhaltlichen Erarbeitung der Kampagne waren Fachkräfte auf dem Gebiet der genderorientierten Berufsorientierung eingebunden. Der offizielle Auftakt erfolgte im Rahmen des 14. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages am 6.6. 2011 in Stuttgart.

Zur methodischen Nutzung der Materialien wurde in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt eine **Fortbildung für Stuttgarter Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter/-innen** im Tandem sowie eine **Schulung für Multiplikator/-innen** konzipiert und im Januar und Februar 2012 umgesetzt. Die Fortbildung bot den Teilnehmenden die Möglichkeit, mit Fragen und Beispielen sich über die Anwendung der Materialien in der schulischen und außerschulischen Praxis auszutauschen. Darüber hinaus wurden methodische Anregungen vermittelt, wie die Materialien in den jeweiligen Settings eingesetzt werden können. Auf der Grundlage der Fortbildung wurde eine **Methodenmappe** erarbeitet, die anhand von Arbeitsblättern und Good-practice Beispielen vorstellt, wie Lehrkräfte und Akteure der Mädchenarbeit mit den Materialien in unterschiedlichen Kontexten arbeiten können. Die Methodenmappe wurde zum Download auf der RÜM Website (www.stuttgart.de/ruem) eingestellt.

Die Kampagne wurde kofinanziert von der Robert-Bosch-Stiftung, der Louis-Leitz-Stiftung und der IG Metall Stuttgart. Auf Grund der großen Nachfrage wurde ein Teil des Materials im Frühjahr 2012 neu aufgelegt. Zum Verlauf der Kampagne wird voraussichtlich 2013 ein Fachbeitrag in dem Herausgeberband „Praxisreihe“ des RÜM-Projekträgers, der Deutschen Luft- und Raumfahrttechnik (DLR e.V.) veröffentlicht.

d. Unterstützung der beruflichen Perspektiven von spät zugewanderten Jugendlichen

Die Stuttgarter Längsschnittstudie ergab, dass die Gruppe von spät zugewanderten Jugendlichen an den Haupt- und Werkrealschulen eine äußerst heterogene Gruppe von in der Regel bildungsambitionierten Jugendlichen ist, die als Quereinsteiger/-innen ins deutsche Bildungssystem einer guten Förderung bedürfen, um ihren mitgebrachten Talenten gerecht zu werden. In Anbetracht der Ergebnisse eines Expertenhearings 2009 wurde für die Laufzeit des RÜM der folgende Ansatzpunkt entschieden:

- *LISA – Lokale Initiativen zur Integration junger Spätaussiedler/-innen und Neuzugewanderter in Ausbildung*

LISA ist ein Angebot der Jugendberufshilfe des Jugendamtes für begabte junge, nicht mehr schulpflichtige spätzugewanderte Jugendliche. Es bietet ein spezielles Qualifizierungsprogramm für die Jugendlichen mit dem Ziel der Erlangung des Hauptschulabschlusses. Das Programm trägt dem Sachverhalt Rechnung, dass die Jugendlichen über gute intellektuelle Fähigkeiten verfügen, jedoch aufgrund von Sprachproblemen an der Erlangung eines Hauptschulabschlusses in bestehenden regulären Angeboten scheitern würden. Die Unterstützung der jungen Menschen setzt an ihrer individuellen Ausgangslage an und richtet die Lernaufgaben und Methoden an den Sprachdefiziten aus. Dabei werden die Jugendlichen sozialpädagogisch betreut. Das Programm wird von der AWO Stuttgart e. V. koordiniert. Mit der Förderung von LISA durch das Jugendamt wird für junge Neuzuwanderer die Voraussetzung dafür geschaffen, ihre Chancen in der schulischen Weiterbildung und beruflichen Qualifizierung überhaupt wahrnehmen zu können.

e. Konzepte „Initiative Stuttgart bildet aus“ (GRDRs 168/2011) und „Kommunale Koordination des Übergangs in Ausbildung am Startplatz Schule – Die Stuttgarter Bildungskette wird geschlossen“ (GRDRs 421/2012)

Für einen gelingenden Übergang in den Beruf brauchen Jugendliche an Haupt- und Werkrealschulen eine passgenaue individuelle Begleitung durch Haupt- und Ehrenamtliche oft bis in die Ausbildung hinein. 2011 wurde dem Gemeinderat ein Konzept zur Begleitung und Überführung von Hauptschüler/-innen in die Ausbildung in Anlehnung an das „Hamburger Hauptschulmodell“ vorgelegt (siehe GRDRs 168/2011), in das ein Vorschlag für die Verbesserung der Unterstützungsstruktur an den Hauptschulen und Verbesserung der individuellen Begleitung durch Einrichtung einer „Stuttgarter Servicestelle Übergang in den Beruf“ integriert war (siehe auch S.3, Verbesserung der Datenlage zu individuellen Verläufen). 2012 wurde das Konzept in leicht modifizierter Form (siehe GRDRs 421/2012) wieder vorgelegt, verbunden mit dem Vorschlag der Einrichtung einer „Koordinierungsstelle des Übergangs in Ausbildung“, die im Rahmen einer systematischen Koordination am Startplatz Schule auf der Grundlage von Sichtungsgesprächen und stringenter Verzahnung von Aktivitäten in der Berufsorientierung eine ebenso stringente individuelle Begleitung von Jugendlichen unter Einbeziehung aller haupt- und ehrenamtlichen bestehenden Begleitprogramme sicherstellt.

f. Lernalternativen für Schulabbrecher/-innen und Schüler/-innen mit schlechten Noten

Eine der besonders herausfordernden Aufgaben am Übergang Schule-Beruf ist zum einen die Entwicklung von Lernalternativen für Jugendliche, die im schulischen Setting keine Erfolge erzielen können, und zum andern die Prävention von Schulabbruch, der sich sowohl aus schulischen als auch familiären Umständen bei Jugendlichen entwickeln kann. In der Laufzeit des RÜM wurden die folgenden Handlungsschwerpunkte gesetzt:

- *Projekt Youssef*

Dieses Angebot wurde vom Jugendamt in Zusammenarbeit mit dem Caritasverband für Stuttgart e.V. für Jugendliche entwickelt, die im Regelschulsystem nicht mehr beschult werden können. Das Projekt bietet einen alternativen Lernansatz durch enge Verzahnung von Arbeiten und Lernen nach dem Ansatz des „produktiven Lernens“. Jugendliche mit schwierigen Schulbiografien erhalten hier die Möglichkeit, über ihr praktisches Tun theoretisches Wissen zu erarbeiten, einen Schulabschluss zu erwerben und sich insgesamt zu stabilisieren. Konzipiert wurde Youssef durch den Träger Caritas e.V. in Kooperation mit der Dietrich-Bonhoeffer-Schule der Stiftung Jugendhilfe aktiv. 2010 begann die Förderung des Jugendamts und 2011 legten die ersten vier Schüler/-innen ihre Hauptschulabschlussprüfung erfolgreich ab.

- *Studie „Verhinderung von Brüchen in der Zeit des Übergangs Schule-Beruf“*

Die Koordinierungsstelle beauftragte nach einem Ausschreibungsverfahren die Universität Würzburg, Lehrstuhl Empirische Bildungsforschung, zur Erstellung dieser Studie mit der Frage, wie sich Brüche am Übergang von der Schule in das Ausbildungssystem des tertiären Sektors verhindern lassen und damit Berufs- und Lebenschancen junger Menschen gesichert und verbessert werden können. Mittels einer quantitativen Fragebogenstudie und einer Interviewstudie, die beide in kleinem Umfang 2011 mit Schüler/innen an Stuttgarter Förder-, Haupt- und Werkrealschulen sowie Schulen des Berufsvorbereitungs- und Berufseinstiegsjahres und Fachkräften an diesen Einrichtungen durchgeführt wurde, wurden Gründe für den vorzeitigen Schulabbruch von Jugendlichen ermittelt. Die Befunde dienen als Eckpunkte für mögliche zukünftige Maßnahmen, die von den Autoren in Empfehlungen skizziert wurden. Die Studie wurde im Sommer 2012 auf der Website des RÜM (www.stuttgart.de/ruem) veröffentlicht. Aufgrund des Endes der RÜM Laufzeit kann die Koordinierungsstelle eine Weiterarbeit mit den vorliegenden Ergebnissen nicht mehr verfolgen.

Bilanz

Die Arbeit „am Startplatz Schule“ war in der Laufzeit des RÜM die umfänglichste in Bezug auf die Vielfalt der gesetzten Themenschwerpunkte und damit verknüpften Aktivitäten sowie den dazugehörigen Einsatz von Mitteln und Personal. „Schulen machen den Unterschied“ lautete eine der grundlegenden Aussagen der Stuttgarter Längsschnittstudie, die 2007 in der ersten Erhebung bereits schlussfolgerte, dass das jeweilige schulische Förderprofil in der Berufsorientierung einen wesentlichen Anteil am gelingenden Übergang eines Jugendlichen von der Schule in den Beruf hat. Die Schwerpunktsetzung des RÜM Stuttgart und die dazugehörigen Aufträge des Gemeinderates waren direkte Folge dieser Erkenntnis.

Positive Effekte, Chancen und Grenzen der Schulbegleitung

Die Schulbegleitung von RÜM unterlag immer den Bedingungen des strukturellen Wandels, der im Rahmen von Schulreformen während der Laufzeit des RÜM an den Schulen angestoßen wurde. Dies beinhaltete nicht nur die strukturellen Veränderungen der Haupt- und Werkrealschule und die Einführung der Gemeinschafts- und Ganztageschule, sondern auch den Umgang mit dem demografischen Wandel und damit einhergehenden Schulstandortveränderungen. In diesem Kontext ist eine gute Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf nicht die einzige „Baustelle“, der sich die Lehrkräfte und Schulleitungen widmen müssen, die häufig dabei am Rande ihrer „Veränderkapazitäten“ manövrieren. Darüber hinaus ist die Schule der Ort, in den die verschiedensten Anbieter ihre Unterstützungsangebote hineinragen. Dies mit dem Effekt, dass Schulen sich häufig durch die Vielfalt der zeitlich befristeten und oft nicht miteinander abgestimmten Angebote überfordert und manchmal gehindert in der Entwicklung des für sie passenden eigenen Schulkonzepts fühlen. Genau in einem solchen Umfeld erweist sich jedoch das Angebot unterstützender Begleitung von außen mit Strukturierungsvorschlägen, wie sie von der Koordinierungsstelle geleistet wurden, für die Schulen zumeist als hilfreich.

Die **positiven Effekte** der Schulbegleitung sind von daher eher qualitativ als quantitativ zu verorten und der Mehrwert wurde in den Schulbegleitungsgesprächen oder danach u.a. folgendermaßen von den Schulen benannt:

- Die Unterstützung bei der Entwicklung von Schule-Wirtschaft Kooperationen ergab den Abschluss einer Reihe von Bildungspartnerschaften mit Betrieben. Diese erhöhen die Praktikumsmöglichkeiten für Schüler/innen und damit auch die Zahl der Übergänge in Ausbildung, die sich aus den Praktika ergeben können.
- Die schulische Vernetzung wuchs und damit häufig Kontakte zu Betrieben, Vereinen und anderen Akteuren, die so davor in der Schule nicht oder nur schwach bestanden.
- Es konnten im Feld der Berufsorientierung Lösungsmöglichkeiten für schulspezifische Herausforderungen erarbeitet werden, die Handlungsoptionen für Schulleitungen und Koordinatoren für die Berufswegeplanung eröffneten.

- Die themenspezifischen Fortbildungsangebote zur Berufsorientierung in den bereits oben benannten Arbeitsschwerpunkten Eltern, Gender, Stuttgarter Berufswahl-Portfolio in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt waren eine Möglichkeit des Lernens und sich Austauschens, wie sie in dieser Form zuvor nicht im Angebot waren.
- Trotz der zunehmenden Konkurrenzen zwischen Schulen konnten der themenspezifische Austausch und ein Lernen voneinander in der Praxis der Berufsorientierung dank der von RÜM organisierten Fachveranstaltungen wachsen.

Jede Schulbegleitung trifft allerdings auf ihre **Grenzen**, die darin liegen, dass jede Schule ein komplexes Universum mit eigener schulspezifischer Kultur ist. Sie ist geprägt durch den jeweiligen Stadtteil, das Zusammenspiel von Schulleitung und Kollegium, das schulische Kooperationsnetzwerk und nicht zuletzt die Schüler/-innen und ihre Eltern. Externe Beratung bekommt in jedem Falle mit Herausforderungen der Organisationsentwicklung zu tun, hier im Falle der RÜM-Schulbegleitung die Ausgestaltung der schulischen Berufsorientierung mit den dazugehörigen systemischen Veränderungen. Wie weit Schulen sich auf diese einlassen wollten und konnten, unterlag ihrem freien Willen und damit auch den oben genannten Veränderkapazitäten. Beides setzte die Grenzen der Schulbegleitung durch das RÜM.

Entwicklung der Zusammenarbeit mit Eltern in der Berufsorientierung

Die Koordinierungsstelle konnte durch die Kombination verschiedener Handlungsstrategien (Schulbegleitung, Instrument Handreichung, Fortbildung und Fachveranstaltung) wichtige **Impulse** in einem Themenfeld setzen, das wegen des hohen Einflusses der Eltern auf den Weg ihrer Kinder in die Ausbildung und den Beruf brandaktuell bleiben wird.

- Das Instrument Handreichung mit den dazugehörigen mehrsprachigen Arbeitsblättern wird für die verschiedenste Arbeitskontexte stark nachgefragt und auch über die Stuttgarter Grenzen hinaus in der Fachwelt genutzt. Ein wichtige, denn nicht immer selbstverständliche, Anregung für die Nutzer liegt in dem Hinweis auf die erforderliche konzeptionelle Arbeit, die der Gestaltung der Zusammenarbeit mit Eltern vorausgehen und interdisziplinär erfolgen sollte und dabei den Faktor Migration und Gender berücksichtigen muss.
- Die dazugehörigen Fortbildungen führten in den teilnehmenden Schulen zu kleinen Veränderungsschritten bzgl. der Gestaltung von Elternabenden bis hin zu dem Experimentieren mit besonderen Veranstaltungsformaten. Hier liegt ein noch nicht ausgeschöpftes Potenzial, das in den beiden Schuljahren, in denen die Fortbildungen angeboten wurden, nur ansatzweise angeschoben werden konnte. Zu empfehlen ist hier ein Regelangebot, das auch die Berufsschulen und Realschulen mit einschließt.
- Die Diskussion zu Qualitätsstandards in der Elternarbeit, die auf der RÜM Fachtagung im Dezember 2011 angeschoben wurde, ihr Echo unter Fachkräften hatte und in der verbleibenden Laufzeit von RÜM nicht weiter vertieft werden konnte, bietet Potenzial für die Entwicklung von Bildungsbereich übergreifenden kommunalen Qualitätsstandards unter dem Dach der Abteilung Bildungspartnerschaft.

Die **Grenzen** der Arbeit wurden zum Teil bei der Nutzung des Fortbildungsangebotes für Multiplikator/-innen in Migrantenvereinen spürbar. Hier war intensive Bewerbung erforderlich, die nicht immer Früchte trug und so kam trotz intensiver gemeinsamer Bemühungen mit der Abteilung Integration eine Fortbildung für Moscheevereine mangels Nachfrage nicht zustande. Die Fortbildungen, die gemeinsam mit dem Forum der Kulturen und dem Deutsch-Türkischen Forum umgesetzt werden konnten, wiesen auf, dass das Fortbildungsangebot erst dann gut greifen kann, wenn in den Vereinen die Ehrenamtlichen mit einer im Verein geteilten Vision zur Entwicklung der Elternarbeit arbeiten und das Thema „Berufsorientierung“ an dieser Stelle auch hineinpasst. In diesem Sinne liegt auch hier ein noch unausgeschöpftes Potenzial für eine Qualifizierung der Vereine für ihre Elternarbeit auf dem Gebiet Übergang Schule-Beruf. Empfehlenswert wäre die Fortsetzung der Fortbildungsangebote, die allerdings für eine bessere Ausschöpfung von einer Aufwandsentschädigung für die in den Vereinen „fachlich“ Engagierten flankiert werden sollte.

Grundsätzlich erfordert die Erprobung guter Praxis in der Zusammenarbeit mit Eltern in Schulen, in Vereinen und im Stadtteil viel Zeit und ein unterstützendes Umfeld. Die schnelle Verbreitung

guter Beispiele und wirksamer Problemlösungen kann unter dieser Voraussetzung realistischerweise nicht erwartet werden.

Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen

Mit der Entwicklung und Umsetzung der Kampagne „Mein Style – mein Beruf“ wurde ein Impuls gesetzt, der insbesondere die stärkende Rolle von fast gleichaltrigen Vorbildern für die Erweiterung des Berufswahlspektrums von jungen Mädchen ins Blickfeld nahm. Die hohe Nachfrage, resultierend in einer zweiten Auflage des Kampagnematerials, zeigt die Nutzerfreundlichkeit des Materials, das nun durch eine Methodenmappe ergänzt wurde. In der fachlichen Diskussion gab es immer wieder hohe Schnittstellen zu dem Thema „Elternarbeit“ wegen der oben bereits genannten großen Bedeutung der Einflussnahme von Eltern auf die Entscheidung ihrer Kinder in der Berufsorientierung. Es erstaunt von daher nicht, dass eine Empfehlung aus der Abschlussveranstaltung der Mädchenkampagne, die von Vorbildern der Mädchenkampagne selbst ausgesprochen wurde, lautet, eine „Väterkampagne“ für die Berufsorientierung von Mädchen in Stuttgart aufzulegen. Grundsätzlich gilt auch hier, dass es keine schnellen Lösungen für eine Aufgabe gibt, der eine hartnäckige gesellschaftliche Verfestigung von Geschlechtsrollen in der Arbeitswelt zugrunde liegt und die nur mit ständigem fachlichen Bemühen um Mädchen am Übergang Schule-Beruf aufgebrochen werden kann. Auf dem Hintergrund des demografischen Wandels und des erwartenden Fachkräftemangels bleibt dies dringlich notwendig.

Unterstützung der Perspektiven von spät zugewanderten Jugendlichen

Mit der Förderung von LISA wurde ein Schwerpunkt auf das Schaffen von schulischen Voraussetzungen für jugendliche Spätzuwanderer gesetzt, um den weiteren Weg durch das Bildungs- und Ausbildungssystem gut zu schaffen. Das Projekt erzielt für die Teilnehmenden bis dato gute Erfolge mit einer jeweils hälftigen Überführung der Teilnehmenden in die weiterführende Bildung oder Ausbildung (18 Teilnehmende – Stand 2010). Eine Entwicklungsaufgabe wäre, den guten Ansatz von LISA in die Fläche zu bringen, damit mehr spätzugewanderte Jugendliche als bis dato davon profitieren können. Da es sich um Jugendliche mit hochdifferenzierten Ausgangslagen, Motiven und Plänen handelt, wäre darüber hinaus empfehlenswert, bestehende Mentoringansätze an Stuttgarter Schulen so weiterzuentwickeln, dass sie gezielte Talentförderung für Jugendliche mit hohen Bildungs- und Ausbildungsambitionen und –potenzialen besser in den Blick nehmen können. Es bleibt dabei die zwingend notwendige komplementäre Daueraufgabe, die interkulturelle Öffnung von (Hoch-) Schulen und Ausbildungsbetrieben gezielt voranzutreiben.

Konzept für die individuelle Begleitung von Schüler/-innen am Übergang Schule-Beruf

Die Umsetzung des Konzepts bedarf einer Entscheidung des Gemeinderates.

Lernalternativen für Schulabbrecher/-innen und Schüler/-innen mit schlechten Noten

Die Erfolge des Projektes Youssef bestätigen den positiven Ansatzpunkt „produktiven Lernens“, mit dem auch in anderen Kommunen Deutschlands bereits experimentiert wurde. Wichtig wäre, in einem nächsten Schritt über den Schulabschluss hinaus die Ausbildung der Jugendlichen mit gleich gearteten Lehr- und Lernkonzepten während der Berufsausbildung zu verknüpfen. Derzeit profitieren Jugendliche mit Lernschwierigkeiten und Schulabbrecher noch nicht wesentlich von dem einsetzenden Fachkräftemangel auf dem Fachkräftemarkt und sind Konzepte modularer Nachqualifizierung in Betrieben auch für die genannte Gruppe noch ausbaufähig. Dafür gilt es die Betriebe ins Boot zu holen (siehe dazu die Konzeptvorlage „Stuttgart bildet aus!“). Darüber hinaus können Ansatzpunkte aus der oben genannten Studie „Verhinderung von Brüchen in der Zeit des Übergangs Schule-Beruf“ ins Blickfeld genommen werden, die u.a. auf die Notwendigkeit früher Diagnostik ab der 7. Jahrgangsstufe mit dazugehörigen Aus-/Fortbildungen von Lehrkräften und Schulsozialarbeiter/-innen vorschlagen.

2.3. Abgestimmte Maßnahmenplanung

Ein besonderes Merkmal des Übergangs Schule-Beruf ist es, dass die Akteure in unterschiedliche Rechtskreise und Strukturen eingebunden sind. Während Jugendamt (mit dem Rechtsauftrag des 8. Sozialgesetzbuchs), Abteilung Integration und die Arbeitsförderung Teile der kommunalen Verwaltung sind, ist die Agentur für Arbeit gegenüber der Bundesagentur für Arbeit weisungsgebunden (mit dem Rechtsauftrag des 2. und 3. Sozialgesetzbuchs). Kammern dagegen sind Körperschaften des Öffentlichen Rechts, die ihre Aufgaben am Übergang z.B. nach den Bestimmungen der Handwerksordnung und des Berufsbildungsgesetzes wahrnehmen. Dagegen haben Schulverwaltung und das Staatliche Schulamt Aufgaben der Länder nach landesrechtlichen Regeln inne. Sie alle sind zuständig für die lokale Angebotsstruktur am Übergang Schule-Beruf. Regionales Übergangsmanagement beinhaltet die Herstellung von Zusammenarbeit von zuständigen Verantwortlichen über diese verschiedenen Rechtskreise hinweg und auch zwischen Ressorts in der Stadt, um Verbesserungen für Jugendliche an der ersten Schwelle nach der Schule und in Folge zu erzielen. Dies mittels gegenseitiger Information, Austausch, gemeinsamer Bedarfsanalysen, Maßnahmenplanung und ggfs. ihrer Umsetzung. Dazu bedarf es der Herstellung einer Vereinbarungskultur zwischen den verschiedenen Akteuren auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens, damit gemeinsame Verabredungen greifen können. In Stuttgart ist die Steuerungsgruppe u25 das wichtigste Koordinationsgremium, in dem die genannten Akteure, vertreten durch die jeweils zuständigen Leitungen, unter Moderation des Amtsleiters des Jugendamtes, diese Arbeit leisten.

- *Steuerungsgruppe u25*

In der Steuerungsgruppe u25, deren Geschäftsführung beim Jugendamt liegt, erfolgt im genannten Sinne eine fortlaufende gegenseitige system- und ressortübergreifende Information und Abstimmung zu aktuellen Angeboten und Maßnahmen. Dabei agierte die Steuerungsgruppe u25 in der RÜM-Laufzeit für die Koordinierungsstelle als Begleit- und auftraggebendes Gremium. Über die regelmäßigen Abstimmungsverfahren hinaus sind spezifisch in der RÜM-Laufzeit die folgenden Abstimmungs- und Planungsprozesse zu erwähnen:

2009 wurde mit Praktiker/innen und den Vertreter/innen der Steuerungsgruppe u25 im Rahmen der Planungen für den Doppelhaushalt eine ressortübergreifende Bedarfssammlung erstellt. Über die Ergebnisse der Bedarfssammlung und entsprechende Ableitungen für kommunale Ansatzpunkte wurde im Gemeinderat Bericht erstattet.

2010 begannen systematische Abstimmungen im Anschluss an den Auftrag der Grünen Fraktion zur Erstellung eines Konzepts „Stuttgarter Modells“ in Anlehnung an das Hamburger Hauptschulmodell.

2011 wurde das daraus resultierende Konzept „Initiative Stuttgart bildet aus!“ mit allen kommunalen Akteuren abgestimmt und in den Gemeinderat als Vorlage gegeben (siehe GRDRs 168/2011). Eine leicht modifizierte Fassung des Konzepts wurde 2012 mit dem Titel „Kommunale Koordinierung des Übergangs in Ausbildung am Startplatz Schule – Die Stuttgarter Bildungskette wird geschlossen“ (siehe GRDRs 421/2012) vorgelegt.

- *Fortführung Programm „Berufseinstiegsbegleitung“ als Regelinstrument (SGB III) ab 2012*

2012 entschied die Kommune sich für eine Kofinanzierung des bisher erfolgreichen Programms Berufseinstiegsbegleitung der Agentur für Arbeit aus dem Etat der Jugendberufshilfe. Aufgrund der guten und engen Zusammenarbeit konnten die für die Umsetzung erforderlichen Planungsschritte in kontinuierlicher Abstimmung zwischen der Agentur für Arbeit, dem Staatlichen Schulamt und dem Jugendamt unter Mitarbeit der RÜM-Koordinierungsstelle auf den Weg gebracht werden.

- „Deine Stadt – Deine Zukunft“ – Kampagne zur Gewinnung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Dienst

Das Haupt- und Personalamt der Stadt Stuttgart legte diese Kampagne in Zusammenarbeit mit der Abteilung Integration und der Koordinierungsstelle Regionales Übergangsmanagement mit dem Ziel der Gewinnung von mehr Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Dienst auf. Junge Menschen mit Migrationshintergrund sind bis dato noch unterrepräsentiert in der öffentlichen Verwaltung, die der zweitgrößte Arbeitgeber in Stuttgart ist. Die Kooperation des RÜM in der Kampagne war motiviert durch die Arbeit am „Startplatz Schule“: Zum Beginn der Arbeit der Koordinierungsstelle 2008 hatten fast 80% der Schüler/-innen an Haupt- und Werkrealschulen Migrationshintergrund. An den Schulen wurde in der Schulbegleitung häufig aufgemerkt, dass der öffentliche Dienst sich mehr für den Eintritt von Hauptschüler/-innen und insbesondere von Jugendlichen mit Migrationshintergrund öffnen müsse. Darüber hinaus war die Vielfalt der Ausbildungsmöglichkeiten bei der Stadt Stuttgart auch den Lehrkräften sowie professionellen und ehrenamtlichen Begleiter/-innen von Schüler/-innen oft nahezu unbekannt. Die Kampagne wurde am 6. April 2011 mit einer Auftaktveranstaltung im Rathaus eröffnet und ist seither fortlaufend, flankiert von einer Vielzahl von Veranstaltungen und einer Begleitforschung zu den Effekten der Kampagne durch die Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd 2011- 2014. Erste Resultate zeigen sich in einem erhöhten Interesse von Jugendlichen und ihren Eltern für den öffentlichen Dienst und Nachfrage nach Azubistellen.

Bilanz

Die Steuerungsgruppe u 25 hat sich zu einem festen Gremium entwickelt, das in hohem Maße dazu beigetragen hat, die Kommunikation und damit Kooperation der unterschiedlichen Akteure über die verschiedenen Rechtskreise hinweg am Übergang Schule-Beruf zu verbessern. Es gibt einen Konsens miteinander, dass enge Kooperations- und Abstimmungsprozesse notwendig sind, um das kommunale Übergangssystem gut zu gestalten sowie Wertschätzung für die Arbeit des Gremiums, das Möglichkeiten akteursübergreifender Aushandlungsprozesse bietet. Die Herausforderung besteht in der Ausschöpfung genau dieser Möglichkeiten der Steuerungsgruppe, nämlich direkte Beiträge zur kommunalen Planung und Steuerung von Maßnahmen zu leisten durch z.B. gemeinsame Arbeitsplanung mit Zielvereinbarungen. Grundsätzlich bleiben Aushandlungsprozesse an den Stellen miteinander konfliktrichtig, wo Zuständigkeiten und Interessenslagen der beteiligten Akteure im Geding liegen und über Lösungen kein Konsens hergestellt werden kann. Es können also nur die Ziele miteinander vereinbart werden (wie z.B. die Erstellung einer gemeinsamen Bedarfssammlung an Maßnahmen für den Gemeinderat 2010 ohne Evaluation), die die hohe Motivation zur Kooperation der beteiligten Akteure grundsätzlich aufrechterhalten. Es bleibt zum jetzigen Zeitpunkt der Bilanz offen, ob an dieser Stelle die Steuerungsgruppe u25 sich hier Entwicklungsaufgaben setzen möchte oder nicht.

3. AUSBLICK

Das Regionale Übergangsmanagement Schule-Beruf der Landeshauptstadt Stuttgart wurde mit Hilfe der Bundesfördermittel von „Perspektive Berufsabschluss“ aufgesetzt, um in **kommunaler Verantwortungsgemeinschaft** Strukturen zu schaffen, um die Vielfalt bestehender Maßnahmen am Übergang Schule-Beruf zu sichten, zu ordnen, dadurch ihre Wirksamkeit zu verbessern und letztendlich damit Jugendlichen den Weg in die Ausbildung und den Beruf zu erleichtern. Dabei waren insbesondere die bildungsbenachteiligten Jugendlichen im Blick, nämlich die Schüler/-innen an Stuttgarter Haupt- und Werkrealschulen. Die Strategie des RÜM Stuttgart, im Auftrag des Gemeinderates, am „Startplatz Schule“ anzusetzen, zeigte eine hohe Potenz dieses Arbeitsansatzes, da am „Startplatz Schule“ eine große Vielfalt von kritischen Themen für den Übergang in den Beruf sich verdichten, die dort praktisch und mit konkreten Lösungsschritten angegangen werden können. Zur Bearbeitung der verschiedenen oben skizzierten Arbeitsaufträge hat sich dabei gezeigt, dass Koordinations- und Abstimmungsaufgaben am Übergang Schule-Beruf sinn-

vollerweise von einer Stelle erfüllt werden, die wegen der vielfältigen Konkurrenzen und manchmal gegenläufigen Interessen als „neutral“ wahrgenommen wird. Diesen Rang der „Neutralität“ sich zu erarbeiten war in den Anfängen des RÜM eine arbeitsintensive Aufgabe, die Zeit und Vertrauensbildung sowie stetige Profilschärfung erforderte. Es musste erst eine öffentliche Wahrnehmung dafür entstehen, dass die Mitarbeiterinnen der Koordinierungsstelle mit einem kommunalen Auftrag arbeiteten, der über den „traditionellen“ Arbeitsbereich des Jugendamtes, in dem sie angesiedelt waren, hinausging. Die ständige ressortübergreifende Arbeit kombiniert mit dem Versuch der Einbindung von Gruppen, die bis dato im Übergang Schule- Beruf noch nicht so im Blickfeld waren (z.B. Migrantenvereine) war Voraussetzung dafür, dass dies zumindest in Ansätzen gut gelingen konnte.

Um eine nachhaltige und wirkungsvolle ressortübergreifende Zusammenarbeit aufzubauen bedarf es jedoch erfahrungsgemäß nach dem Beispiel anderer RÜM-Kommunen des **Mandats der Verwaltungsspitze**, mitgetragen von möglichst vielen Akteuren in der Stadt. Je deutlicher dieses Mandat formuliert und sichergestellt wird, desto leichter werden die Arbeitsprozesse der Koordinierungsstelle. Dieses Mandat war in Stuttgart nur annähernd vorhanden. Damit wurde der Bedarf für eine abgestimmte Maßnahmenplanung und die Notwendigkeit ressortübergreifender Zusammenarbeit grundsätzlich auch immer wieder in Frage gestellt oder ignoriert. Dies kommt u.a. auch dadurch zum Ausdruck, dass die Gemeinderatsvorlagen zur Sicherung des zukünftigen kommunalen Vorgehens nach dem Ende der RÜM Arbeit **nicht zur Abstimmung** bisher gelangten.

Mit dem Ende der Förderlaufzeit für das RÜM muss nun – wie teilweise bereits geschehen - geklärt werden, welche Aufgaben der Koordinierungsstelle (wie z.B. die Weiterführung des Online Service Übergang Schule-Beruf, die Weiterentwicklung des Stuttgarter Berufswahlportfolios, Vernetzung, Fortbildungsangebote, Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit Eltern,) von welchen Ressorts (Jugendamt, Abteilung Integration, Staatliches Schulamt, Abt. Bildungspartnerschaft) übernommen werden können und wer die Aufgabe der Koordination – auch operativ – übernimmt. Es wird dabei darauf angekommen, dass dies nicht mit einem Rückschritt, sondern mit einem **qualitativen Fortschritt** im Gelingen von Koordination und Kooperation in der Kommune zusammengeht. Das Ende der RÜM Koordinierungsstelle unter den Vorzeichen von „Perspektive Berufsabschluss“ beinhaltet einen damit einhergehenden Verlust der „neutralen“ übergeordneten Stelle für die „Ordnung und Begleitung“ des kommunalen Übergangs Schule-Beruf und damit einhergehend der bisher vorhandenen personellen Ressourcen, also Mitarbeiter/-innen mit dem expliziten Auftrag der ressort- und rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit. Denn letztendlich sind es Personen, die immer wieder die nötigen Verbindungen herstellen und damit erst kann sich der Blick der Akteure über den eigenen Zuständigkeitsbereich hinaus erweitern und öffnen für eine intensiviertere Kooperation.

Mit der Einrichtung der Abteilung Stuttgarter Bildungspartnerschaft während der Laufzeit des RÜM steht momentan das Äquivalent einer solchen Stelle für die Aufgaben im Vorschul- und Grundschulbereich zur Verfügung. Darüber hinaus liegt ein Konzept für die Weiterführung der kommunalen Koordinierung am Übergang Schule-Beruf vor, über das eine Entscheidung des Gemeinderates ansteht. Auch weiterhin bestehen selbstverständlich Einzelmaßnahmen der verschiedenen Ressorts zur Verbesserung der Übergänge. Wenn die Arbeit eines Regionalen Übergangsmagements grundsätzlich „die Gestaltung von Prozessen ist, in denen man gemeinsam zu Lösungen kommt“ (W. Kruse) liegt hier nun der kommunale Auftrag, aus diesem Gefüge eine **kommunale Verantwortungsgemeinschaft** zu schmieden, die einem gelingenden Übergang von Jugendlichen durch Bildung in die Ausbildung letztendlich verpflichtet ist.

Mitzeichnung der beteiligten Stellen:

Vorliegende Anfragen/Anträge:

Erledigte Anfragen/Anträge:

Isabel Fezer
Bürgermeisterin

Anlagen

<Anlagen>